

Wer grün wählt, wird sich schwarz ärgern

Schwarzbuch Grünes Regierungshandeln in Hessen

5.7.2021

Die Fraktion DIE LINKE. Im Hessischen Landtag kommentiert in diesem Papier zur „Halbzeit“ der aktuellen schwarzgrünen Landesregierung den Sachstand in wichtigen Politikfeldern und misst den Grünen Koalitionspartner an seinen politischen Ansprüchen.

Inhaltsübersicht

Innenpolitik	2
NSU-Untersuchungsausschuss: Keine Zustimmung zur Einsetzung und Blockade der Arbeit	2
Ablehnung der Öffnung der NSU-Akten	2
Ja zu Staatstrojaner, Online-Überwachung und Vorratsdatenspeicherung	2
Räumung und Polizeieinsatz im Dannenröder Forst	2
Wohnen	3
Kein konsequentes Handeln gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung	3
Große Ankündigungen – wenig Ertrag: Weiterer Rückgang im Sozialen Wohnungsbau	3
Unsoziale Mieterhöhungen und Modernisierungen bei der Nassauischen Heimstätte	3
Gesundheit	3
Fortgesetzte Überlastung und Privatisierung der Krankenhäuser	3
Keine Lösung für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz	3
Permanente Grundrechtsverletzungen statt gewaltfreier und moderner Psychiatrie	4
Sozialpolitik	4
Fehlanzeige bei der Liberalisierung der Drogenpolitik	4
Vernachlässigung des Schutzes vor häuslicher Gewalt	4
Arbeitsschutz: ein Stiefkind in Hessen	4
Umwelt und Klima	4
Unzureichender Klimaschutzplan	4
Asphalt statt Wald: Neu- und Ausbau von Autobahnen in Hessen	5
Ziele verfehlt bei Biodiversität, Gewässer- und Naturschutz	5
Umweltzerstörung durch Salzeinleitung, Verpressen und Einstapeln bei der Kaliförderung	5
Weiter so mit der Fliegerei bei Dienstreisen von Landesbeschäftigten	5
Mobilität und Verkehr	5
Wenig Messbares bei überörtlichen Radwegen	5
Ablenkungspolitik bei Fluglärm und Flughafenausbau	6
Migration und Integration	6
Hemmungslose Abschiebep Praxis	6
Versagen bei der Unterbringung von Flüchtlingen	6
Landesaufnahmeprogramm: Fehlanzeige	6
Katastrophale Zustände in den Ausländerbehörden	7
Kommunalpolitik	7
Festhalten an den ungerechten Straßenausbaubeiträgen	7
Beschneidung der politischen Teilhabe von Migrant*innen und der Rechte von kleinen Listen	7
Justiz	7
Überlastung der Gerichte und Strafverschärfung statt Prävention	7
Umsetzung des schlechtesten Informationsfreiheitsgesetzes der Bundesrepublik	7

Verbraucherschutz	8
Keine Verbesserungen nach dem Wilke-Wurst-Skandal	8
Tierschutz	8
Viele leere Versprechen beim Tierschutz	8
Haushalt und Finanzen	8
Fortführung von verlustbringenden und unsozialen Privatisierungsmodellen	8
Verhinderung von Zukunftsinvestitionen durch Schuldenbremse und neoliberale Haushaltspolitik	8

Innenpolitik

NSU-Untersuchungsausschuss: Keine Zustimmung zur Einsetzung und Blockade der Arbeit

Obwohl die Grünen den damaligen Innenminister Volker Bouffier heftig wegen seiner Rolle im NSU-Skandal kritisiert und sogar dessen Rücktritt gefordert hatten, wählten sie ihn später nicht nur zum Ministerpräsidenten, sondern verteidigten ihn eisern gegen alle Kritik bei der Aufarbeitung des NSU-Skandals: Sie stimmten der Einsetzung des Ausschusses nicht zu und beteiligten sich an einer Strategie der Intransparenz, Blockade und Geheimhaltung der Ausschussarbeit, um "ihren" Ministerpräsidenten zu entlasten.

Ablehnung der Öffnung der NSU-Akten

DIE LINKE hat 2017 öffentlich gemacht, dass zentrale Akten im NSU-Komplex für 120 Jahre als geheim eingestuft wurden, obwohl (oder gerade weil) der Inhalt zahllose Missstände der Behörden im Kampf gegen rechte Gewalt und Terror beinhaltet. Nach massiver öffentlicher Kritik und vor dem Hintergrund des Mordes an Dr. Walter Lübcke, von dessen Mörder in den geheimen Akten vielfach die Rede ist, wurde die Geheimhaltung auf 30 Jahre herabgestuft. Eine öffentliche Petition von 130.000 Menschen, welche die sofortige Freigabe der Akten fordert, wurde von der Hessischen Grünen-Fraktion abgelehnt. Und das obwohl grüne Abgeordnete die Petition zuvor unterzeichnet hatten - ein völlig schizophrenes Verhalten.

Ja zu Staatstrojaner, Online-Überwachung und Vorratsdatenspeicherung

Anstatt die Sicherheitsbehörden nach dem NSU-Skandal stärker zu kontrollieren, wurden im Jahr 2018 die Befugnisse und Ressourcen noch massiv ausgeweitet: Als erstes Bundesland erlaubte Hessen den offiziellen Einsatz sogenannter "Staatstrojaner". Statt IT-Sicherheitslücken zu schließen werden diese nun ohne wirksame öffentliche Kontrolle genutzt, um heimlich Computer auszuspähen und Daten zu verändern. Als Konsequenz aus dem Terror von Hanau forderten CDU und Grüne die Einführung der Vorratsdatenspeicherung – obwohl die Grünen diese in ihrem Programm entschieden ablehnen. Dabei ist überhaupt nicht klar, wie der Anschlag in Hanau mit einer Vorratsdatenspeicherung zu verhindern gewesen wäre.

Räumung und Polizeieinsatz im Dannenröder Forst

Überwiegend junge Menschen engagieren sich für den Klimaschutz und ihre Rechte auf eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten für sich und folgende Generationen. Als diese jungen Menschen gegen die falsche Verkehrspolitik protestierten und versuchten, Fehlentscheidungen wie den Weiterbau der A 49 durch den Dannenröder Forst zu verhindern, antwortete die Landesregierung mit einem der größten Polizeieinsätze, die es in Hessen je gegeben hat. Unter Beteiligung der Grünen ließ sie die Baumhäuser räumen und bittet nun die Klimaschützer*innen für ihren zivilen Ungehorsam zur Kasse.

Wohnen

Kein konsequentes Handeln gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung

Erst Priska Hinz, dann Tarek Al-Wazir: Unter Schwarzgrün ist die Wohnungspolitik in Hessen fest in grüner Hand. Doch die Mieter*innen warten vergeblich auf konsequente Maßnahmen gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung. Das im hessischen Wahlprogramm der Grünen und von vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen geforderte Gesetz gegen spekulativen Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung wird von Schwarzgrün verhindert, der Geltungsbereich von Regelungen zum Mieterschutz unnötig eingeschränkt. Anstatt selbst entschlossene Maßnahmen zu ergreifen, freuen sich Mitglieder der Fraktion über das juristische Scheitern des Berliner Mietendeckels als „Bestätigung für die hessische Wohnungspolitik“. Private Konzerne wie Vonovia, die auch in Hessen aus zehntausenden Wohnungen höchste Profite schlagen, werden nicht unter Druck gesetzt, und ihre Vergesellschaftung wird als zu "radikal" zurückgewiesen.

Große Ankündigungen – wenig Ertrag: Weiterer Rückgang im Sozialen Wohnungsbau

Trotz großer Ankündigungen ("Masterplan Wohnen", "Allianz für Wohnen", "Baulandoffensive Hessen", "Großer Frankfurter Bogen") und behaupteter Rekordfördermittel wird viel zu wenig bezahlbarer Wohnraum geschaffen. In den 7 Jahren, in denen die Grünen in Hessen die Wohnungspolitik verantworten, ist die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen um knapp 35.000 gesunken – das sind rund 30 Prozent. Eine echte Trendwende ist weiterhin nicht erkennbar.

Unsoziale Mieterhöhungen und Modernisierungen bei der Nassauischen Heimstätte

Schwarzgrün möchte den Wohnungsbestand der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt ausbauen und hat sich öffentlich für eine soziale Geschäftspolitik ausgesprochen. Doch die Realität sieht allzu oft anders aus. Der Wohnungsbestand stagniert, Modernisierungsmaßnahmen werden vielfach auf dem Rücken der Mieter*innen umgesetzt und die Mieten steigen weiter – sogar mitten in der Corona-Krise und trotz Protesten von Mieterinitiativen. Das ist unsozial und wird der Vorbildfunktion eines landeseigenen Unternehmens nicht gerecht.

Gesundheit

Fortgesetzte Überlastung und Privatisierung der Krankenhäuser

Klinikschließungen und Privatisierungen setzen sich fort. Seit 2008 wurde ein Drittel aller Geburtsstationen geschlossen. Statt einer sektorenübergreifenden Gesundheitsplanung setzt der grüne Gesundheitsminister weiterhin auf reine Bettenzählungen, ohne sich für eine flächendeckende Versorgung mit Gesundheitseinrichtungen zuständig zu fühlen. Maßnahmen gegen die Personalnot bestehen vor allem in Anwerbung aus dem Ausland. Verbesserung von Arbeitsbedingungen? Fehlanzeige.

Keine Lösung für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz

Bis zu 800.000 Menschen in Deutschland haben keinen Zugang zu umfassender Gesundheitsversorgung, sondern sind auf karitative und von Ehrenamtlichen getragene Hilfsangebote angewiesen. 2020 hat Schwarzgrün einen LINKE-Gesetzesentwurf abgelehnt, der die Versorgung dieser Menschen verbessern und mehr Menschen in die Krankenversicherung zurückführen sollte – obwohl es einhellige Zustimmung der Expert*innen für den Vorschlag gab. Auch für den im Koalitionsvertrag vorgesehenen „Anonymen Krankenschein“ ist bisher keinerlei Willen zur Umsetzung zu erkennen.

Permanente Grundrechtsverletzungen statt gewaltfreier und moderner Psychiatrie

Menschen mit psychischen Erkrankungen haben keine Lobby – auch nicht bei den Grünen. Die Enthüllung rechtswidriger Zustände in der Psychiatrie in Frankfurt-Höchst durch das Team Wallraff 2019 hat nicht zu politischem Handeln geführt. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Richtervorbehalt bei Fixierungen aus dem Jahr 2018 ist bis heute in Hessen nicht umgesetzt, weshalb es hier fortgesetzt zu Grundrechtsverletzungen kommt. Hunderte Menschen müssen Jahr für Jahr in Kliniken untergebracht werden, weil ambulante Krisendienste fast überall in Hessen fehlen. Von einer gewaltfreien und modernen Psychiatrie ist Hessen meilenweit entfernt.

Sozialpolitik

Fehlanzeige bei der Liberalisierung der Drogenpolitik

Im Bund schwingen die Grünen die Fahne einer liberalen Drogenpolitik, doch in Hessen gibt es keinerlei Fortschritte. Die kommunalen Modellprojekte im Bereich Cannabis haben es zwar in den Koalitionsvertrag geschafft, werden aber in keiner Weise vorangetrieben. In Hessen ist die straffreie „geringe Menge“ auf sechs Gramm festgelegt, womit Hessen im Bundesländervergleich weiterhin einen der hinteren Plätze einnimmt. Hessen setzt bei der Drogenpolitik weiter auf Repression statt Prävention.

Vernachlässigung des Schutzes vor häuslicher Gewalt

Die Istanbul-Konvention ist ein Übereinkommen des Europarats zum Schutz vor häuslicher Gewalt und ist in Deutschland seit 2018 rechtsverbindlich. Dennoch gibt es seitens des Sozialministeriums keine nennenswerten Aktivitäten. So fehlen beispielsweise alleine in Hessen mindestens 300 Schutzplätze für Frauen. Beratungsstellen sind oft unterfinanziert, müssen Eigenanteile erwirtschaften und die engagierten Beschäftigten hangeln sich von einem befristeten Arbeitsverhältnis zum nächsten.

Arbeitsschutz: ein Stiefkind in Hessen

Viele Betriebe haben den Beschäftigten, die während der Corona-Pandemie in Präsenz arbeiten mussten, anfangs keine Schutzmaterialien zur Verfügung gestellt, die Einhaltung der AHA-L Regeln wird in vielen Betrieben verhindert, Homeoffice wurde erst sehr spät umgesetzt. Es gibt gerade aus den Gesundheitseinrichtungen viele Beschwerden wegen fehlender Testmöglichkeiten, hoher Erkrankungsraten und Arbeit trotz Corona-Infektion. Die Arbeitsschutzbehörden sind stark unterbesetzt, so dass die Betriebe hierzulande im Schnitt nur alle 40 Jahre besucht werden und wenig Angst vor Kontrollen haben müssen.

Umwelt und Klima

Unzureichender Klimaschutzplan

Sieben Jahre schwarzgrün waren sieben Jahre vertane Zeit für den Klimaschutz. Das 1,5-Grad-Ziel aus dem Pariser Abkommen von 2015 haben Grüne und CDU 2017 bei der Verabschiedung ihres Klimaschutzplan einfach ignoriert. Dieser völlig unverbindliche Plan ist noch nicht einmal für das Erreichen des Zwei-Grad-Zieles geeignet. Der Hessische Klimaschutzplan 2025 verschiebt massiv Verantwortung und hohe CO₂-Minderungslasten auf die Zeit nach seinem Auslaufen und damit auf die jüngere Generation. Die Landesregierung hat es versäumt, den Klimaschutz zur zentralen Richtschnur ihrer ökonomischen und sozialen Entscheidungen zu machen.

Asphalt statt Wald: Neu- und Ausbau von Autobahnen in Hessen

Neue Autobahnen verschärfen die Klimakrise. Sie sind Teil eines überholten Verkehrs- und Entwicklungskonzeptes, nicht aber der Verkehrswende. Doch anstatt Alternativen zu entwickeln hat die schwarzgrüne Koalition die Autobahnplanungen aus den 1970er Jahren übernommen und führt den Autobahnneubau in Hessen bis in die 2030er Jahre fort. In Zeiten des Klimawandels mit Artenverlust, Waldsterben und Trinkwasserknappheit wurden für den Weiterbau der A49 85 Hektar bester Mischwald gerodet, unter anderem im Natura 2000- und Wasserschutzgebiet Dannenröder Forst.

Ziele verfehlt bei Biodiversität, Gewässer- und Naturschutz

Nach 19 Jahren Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie haben nur 11 % der Gewässer in Hessen einen guten oder sehr guten ökologischen Zustand. 2015 hätte das für fast alle Gewässer zutreffen sollen. Auch die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie wurden bei weitem nicht erreicht. Insgesamt hat sich nach sieben Jahren Grüner Regierungsbeteiligung der Arten- und Naturschutz in Hessen nicht entscheidend verbessert. So können wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht erhalten.

Umweltzerstörung durch Salzeinleitung, Verpressen und Einstapeln bei der Kaliförderung

Das Bergbauunternehmen K+S verpresst die Lauge, die bei der Kalisalzaufbereitung entsteht, im Untergrund und leitet Salzabwässer in die Werra ein. Sie wurde dadurch zum salzigsten Fluss Europas. Die Abwasserversenkung versalzt außerdem das Trinkwasser. Die Halden werden über mindestens 1000 Jahre die Umwelt belasten. Die grüne Umweltministerin Priska Hinz hat die Fortsetzung dieser Praxis immer wieder genehmigt, obwohl seit 2015 klar ist, dass damit eindeutig gegen Umweltgesetze verstoßen wird. Für eine umweltfreundlichere Kaliproduktion müssten die Abfälle wieder unter Tage gebracht werden. Um die Profite der osthessischen Standorte zu sichern, wird K+S dieses teurere Entsorgungsverfahren jedoch nicht auferlegt.

Weiter so mit der Fliegerei bei Dienstreisen von Landesbeschäftigten

Es ist entscheidend für den Klimaschutz, dass bis spätestens 2025 alle innerdeutschen Flüge auf die Schiene verlagert und bis 2030 auch die Kurzstreckenflüge innerhalb Europas beendet werden. Selbst wenn eine Dienstreise manchmal etwas länger dauert, müssten Beschäftigte im Öffentlichen Dienst mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie bei Kurzstrecken auf Flüge verzichten. Doch die Grünen haben gemeinsam mit der CDU einen entsprechenden Antrag der LINKEN abgelehnt. Stattdessen sollen Flüge von Landesangestellten durch den Kauf von Emissionsrechten kompensiert werden. Das ist moderner Ablasshandel und spart keine Tonne CO₂.

Mobilität und Verkehr

Wenig Messbares bei überörtlichen Radwegen

Beim Radverkehr wird viel angekündigt und es entstehen immer neue Arbeitsgruppen. Die messbaren Ergebnisse sind jedoch gering. Die neu geschaffenen Radwege an Landesstraßen müssen mit der Lupe gesucht werden: bis Ende 2020 hatten wir 17 Kilometer Neubau bei einem Landesstraßennetz von 7000 Kilometern. Der als Prototyp gefeierte Radschnellweg zwischen Frankfurt und Darmstadt bleibt noch auf absehbare Zeit unvollendetes Stückwerk – und darf wegen Qualitätsmängeln in Breite und Bodenbeschaffenheit nicht einmal als „Radschnellweg“ bezeichnet werden, sondern nur als „Rad-Direktverbindung“.

Ablenkungspolitik bei Fluglärm und Flughafenausbau

Am Frankfurter Flughafen will sich der grüne Verkehrsminister, der sich selbst lange als Teil der Fluglärm- und Ausbaugesegner verstand, nicht mit den wirtschaftlichen Interessen der Luftfahrtlobby anlegen. Stattdessen beschränkt er sich auf demonstrative Aktionen, etwa durch das Fernbleiben vom Spatenstich für Terminal 3. Schwer durchschaubare Placebos wurden ersonnen, wie die „Lärmobergrenzen“, die nicht nur komplett freiwillig bleiben, sondern Grenzen einziehen, die weit oberhalb der vor Corona normalen Lärmbelastung liegen. Das ist so sinnvoll wie ein Tempolimit von 300 auf der Autobahn, das keine Strafen vorsieht. Derweil lockte Fraport mit neuen Rabatten den Dumping-Flieger Ryanair nach Frankfurt. So werden die vergleichsweise guten Arbeitsplätze bei Lufthansa und Co unter Druck gesetzt und ein klimapolitisch fatales Signal gesendet. Dies geschah mit dem Wohlwollen des Großaktionärs Hessen und wurde vom Wirtschaftsministerium genehmigt.

Migration und Integration

Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen spricht von einer Migrationspolitik der "Humanität und Ordnung". Von Humanität ist beim bisherigen Handeln jedoch nichts zu spüren.

Hemmungslose Abschiebepaxis

Schwarzgrün betreibt eine rigorose Abschiebepolitik und schreckt auch nicht vor der Abschiebung von faktischen Inländern, vor dem Auseinanderreißen von Familien und vor dem Ausfliegen von Menschen in Bürgerkriegsländer wie Afghanistan und Somalia zurück. Betroffen sind Menschen, die erkrankt sind oder die kurz vor der Erteilung von Aufenthaltstiteln stehen. In Kassel wurde eine Schülerin direkt in der Schule zur Abschiebung festgenommen. Abgesichert wird diese Praxis durch einen neu errichteten Abschiebeknast in Darmstadt, der stetig ausgebaut wird, sowie durch einen unter Schwarzgrün abgeschlossenen Staatsvertrag zur Erleichterung von Abschiebungen. Rückkehrberatungen sind ausdrücklich nicht ergebnisoffen und sollen die Menschen zur Rückkehr bewegen, auch in Herkunftsländer, für die Abschiebestopp vorliegt.

Versagen bei der Unterbringung von Flüchtlingen

In keinem anderen Bundesland sind so viele Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Schwarzgrün weigert sich, verbindliche Standards für die Unterbringung festzulegen, so dass die Menschen auf engem Raum mit unzureichenden Kochmöglichkeiten und sanitären Einrichtungen zusammenleben müssen. Dies führte zu mehreren massiven Corona-Ausbrüchen in Gemeinschaftsunterkünften. Für Flüchtlinge, die aufgrund des Mangels an günstigem Wohnraum weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften leben, fallen hohe Wohngebühren an, die weit über den ortsüblichen Vergleichsmieten liegen.

Landesaufnahmeprogramm: Fehlanzeige

Tausende Flüchtlinge leben an den EU-Außengrenzen in dramatischen Zuständen. Viele hessische Kommunen haben ihre Bereitschaft erklärt, Menschen von dort aufzunehmen. Doch die Landesregierung hat entgegen dem Versprechen im Koalitionsvertrag kein Landesaufnahmeprogramm aufgelegt und unternimmt auch sonst nichts, um Hilfe zu leisten.

Katastrophale Zustände in den Ausländerbehörden

Alle in Hessen lebenden Ausländer*innen haben regelmäßig mit den Ausländerbehörden zu tun. Doch diese funktionieren kaum noch: stundenlange Wartezeiten sind an der Tagesordnung, und teilweise gibt es monatelang überhaupt keine Termine. Dies führt zu massiven aufenthaltsrechtlichen Problemen bei den Betroffenen. Auch die Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen dauert meist länger als ein Jahr, seit Beginn der Pandemie wurden kaum noch Anträge angenommen, da die Sachbearbeiter*innen andere Aufgaben wahrnehmen. Die Zahl der Einbürgerungen ist im Jahr 2020 deutlich zurückgegangen.

Kommunalpolitik

Festhalten an den ungerechten Straßenausbaubeiträgen

In mehr als 70 Städten und Gemeinden haben sich Initiativen für eine Abschaffung der ungerechten und teilweise immens hohen Straßenausbaubeiträge gebildet. Trotzdem weigert sich die schwarzgrüne Koalition, die Beiträge abzuschaffen und durch Landesmittel zu ersetzen. In vielen anderen Bundesländern wie Bayern, Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist das bereits der Fall.

Beschneidung der politischen Teilhabe von Migrant*innen und der Rechte von kleinen Listen

Bisher konnte eine Stadtverordnetenversammlung in ihrer Geschäftsordnung Zweier-Fraktionen zulassen. Diese Freiheit wurde ihnen mit der Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) genommen, die nun für größere Städte die Mindeststärke für Fraktionen auf drei Stadtverordnete fest schreibt. Dadurch wird die Arbeitsfähigkeit von kleinen Listen erheblich eingeschränkt. Außerdem bestimmt die neue HGO, dass der gewählte Ausländerbeirat durch eine von der Gemeinde eingesetzte Integrationskommission ersetzt werden kann. Damit ist die einzige Form der direkten politischen Teilhabe von Menschen ohne EU-Pass auf den guten Willen der jeweiligen Kommune angewiesen. Trotz massivem Protest der Ausländerbeiräte, anderer Migrantenorganisationen und NGOs haben die Grünen dem Gesetz zugestimmt. Einige Kommunen haben das Angebot genutzt und eine Integrationskommission eingeführt.

Justiz

Überlastung der Gerichte und Strafverschärfung statt Prävention

2014 gingen die Grünen mit der Forderung in den Wahlkampf, den Gerichten durch mehr Personal zeitnahe und effektive Entscheidungen zu ermöglichen. 2021 gibt es immer noch einen massiven Personalengpass, überlastete Gerichte und überlange Verfahren. Die hessischen Initiativen bei der Justizministerkonferenz sind geprägt durch absurdeste Strafverschärfungsinitiativen anstatt von Bemühen um stärkere Prävention.

Umsetzung des schlechtesten Informationsfreiheitsgesetzes der Bundesrepublik

Die Grünen wollten 2014 in Hessen ein umfassendes Informationsfreiheitsgesetz schaffen, das den Bürgerinnen und Bürgern einen allgemeinen Anspruch auf Informationszugang gegenüber öffentlichen Stellen des Landes und der Kommunen gewährt. Herausgekommen ist laut Einschätzung vieler Bürgerrechts-Organisationen das schlechteste Informationsfreiheitsgesetz der Bundesrepublik. Insbesondere können Kommunen frei entscheiden, ob sie die Regelungen in ihre eigene Satzung übernehmen, und auch nicht alle Landesbehörden wurden zur Informationsfreiheit verpflichtet.

Verbraucherschutz

Keine Verbesserungen nach dem Wilke-Wurst-Skandal

Zwei Jahre nach dem Wilke-Wurst-Skandal mit mehreren Todesfällen hat sich in Hessen die Kontrolle der Fleischindustrie nicht verbessert. Im Gegenteil: Die ohnehin schon zu geringe Zahl der vorgeschriebenen Regelkontrollen wurde herabgesetzt, aber selbst diese Mindestzahl wurde 2020 in vielen Kreisen noch um mehr als 40 Prozent unterschritten. Die Fleischfabrik Wilhelm Brandenburg beispielsweise wurde in 2020 nicht einmal kontrolliert. Dies ist ein eklatantes Versagen der Fachaufsicht des Ministeriums und die Folge einer falschen Sparpolitik der Landesregierung. Die zuständige Ministerin Priska Hinz hat aus dem Wilke-Wurstskandal nichts gelernt. Anstelle Geld für mehr Personal zur Verfügung zu stellen und für die Einhaltung der Mindestkontrollen zu sorgen, gibt sie den Kommunen und Kreisen die Schuld.

Tierschutz

Viele leere Versprechen beim Tierschutz

Im Wahlprogramm 2014 forderten die Grünen einen Sachkundenachweis und Registrierungspflicht für Hunde und Katzen, das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände und die Überprüfung der Rasseliste. Sie stellte sich gegen Fallenjagd und Abschuss von Haustieren. Tatsächlich wurde in diesem Jahr mit den Stimmen ihrer Fraktion das Jagdgesetz mit Fallenjagd und Haustierabschuss bis Ende 2024 verlängert, lediglich die Totschlagfallen wurden abgeschafft. Die Rasseliste existiert weiter, Sachkundenachweis und Registrierungspflicht sind nicht eingeführt und es gibt kein Verbandsklagerecht.

Haushalt und Finanzen

Fortführung von verlustbringenden und unsozialen Privatisierungsmodellen

Noch 2018 wurden Landesimmobilien, z.B. die Polizeipräsidien in Mühlheim und Kassel, an private Investoren verkauft und dann zurück gemietet. Dabei war längst klar, dass das Land bei solchen Rückmietverkäufen in den 2000er-Jahren bereits Millionenverluste hinnehmen musste. Zu Oppositionszeiten hatte sich die grüne Fraktion noch gegen solche Privatisierungen gestellt. Ebenfalls 2018 wurde das Alte Polizeipräsidium Frankfurt an den höchstbietenden Investor verkauft anstatt an eine öffentliche Wohnungsgesellschaft, so dass dort überwiegend extrem teure Eigentumswohnungen entstehen werden. Dabei ignorieren die hessische Grünen das Bundeswahlprogramm ihrer Partei, demzufolge öffentliches Eigentum nur noch in Erbpacht für gemeinnützige Zwecke vergeben werden soll.

Verhinderung von Zukunftsinvestitionen durch Schuldenbremse und neoliberale Haushaltspolitik

Alle Ziele im Koalitionsvertrag stehen unter Finanzierungsvorbehalt, die Schuldenbremse soll "aus Überzeugung" weiter gelten. Damit stehen die hessischen Grünen im Widerspruch zum Programm der Bundes-Grünen, denn darin wird eine Lockerung der Schuldenbremse gefordert, um Zukunftsinvestitionen durch Kredite finanzieren zu können. Auch durch Corona haben die Grünen nichts dazu gelernt: nach der Aufhebung der Schuldenbremse zur Finanzierung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie soll schon 2024 zur „Schwarzen Null“ zurückgekehrt werden. Dies beschränkt die dringend notwendigen Investitionen u.a. für Bildung und für den Klimaschutz.